

Münchner Merkur
07.07.2018

STREIT UM „WOHNEN-FÜR-ALLE“-PROJEKT IN ALLACH

Petition gegen zu dichte Bebauung

Der Streit um das geplante „Wohnen für Alle“-Projekt der Gewofag an der Allacher Erwin-Schleich-Straße schlägt weiter hohe Wellen. Wie der Münchner Merkur exklusiv erfahren hat, wenden sich die Anwohner nun an den Bayerischen Landtag. Ihr Vorwurf: Die Stadt München missbrauche ihre bauplanungsrechtlichen Instrumente.

VON ANDREAS DASCHNER

„Für die städtische Wohnungsbaugesellschaft Gewofag muss das gleiche gelten, wie für jeden anderen Bewerber auch“, sagt Rechtsanwalt Xaver Finkenzeller, der die Allacher vertritt. Den Anwohnern reicht es, deshalb reichen sie nun eine Petition beim Bayerischen Landtag ein. Hintergrund ist, dass für das 6900 Quadratmeter große Areal zwischen der Franz-Albert- und der Stieglstraße ein gültiger Bebauungsplan existiert. Dieser sieht eine kleinteilige Bebauung mit Doppelhäusern vor. Für sozialen Wohnungsbau seien Reihenhäuser zulässig. Doch nun sollen dort Mehrfamilienhäuser entstehen.

„Das sind regelrechte Wohnanlagen“, sagt Cornelia Schwarz-Teuber, eine der insgesamt acht Personen, die die Petition einreichen, und zugleich Sprecherin der Bürger-

initiative (BI) „Erhalt der Grünfläche Franz-Albert-Straße“. Um diese Bebauung zu ermöglichen, soll der Stadtrat Befreiungen vom Bebauungsplan gewähren. Rechtsanwalt Xaver Finkenzeller sieht darin aber die Grundzüge der gültigen Planung massiv verändert. „Wenn überhaupt, ist eine Änderung der Planung nur durch ein Bauleitverfahren möglich“, sagt er. Soll heißen: Die Stadt müsse eine Änderung des Bebauungsplans – allerdings mit Beteiligung der Bürger – durchführen.



Protest auf der grünen Wiese: Mit einer Petition wollen die Anwohner eine zu dichte Bebauung verhindern. FOTO: DASCHNER



Zukunftspläne: So will die Gewofag das Areal bebauen.

Der Rechtsanwalt und die Einreicher der Petition werden der Landeshauptstadt vor, einen anderen Maßstab anzulegen, wenn es um Bauvorhaben der eigenen Tochterge-

Teuber. Die geplante Nutzungsdichte passe aber überhaupt nicht in die Umgebung, wie Finkenzeller erklärt.

Nach ersten Protesten (wir berichteten) – insgesamt sammelten die Anwohner deutlich mehr als 2000 Unterschriften – hat die Gewofag die Zahl der Wohneinheiten, zwar von 85 auf 52 reduziert. „Aber das ist ein Schildbürgerstreich“, findet der Anwalt. Denn in gleichem Zuge wurde die Belegung verändert, sodass dort künftig statt maximal 153 sogar 192 Menschen leben sollen.

Nicht nur die geplanten 27 Stellplätze würden das nicht hergeben. Auch die Erwin-Schleich-Straße – derzeit nicht mehr als ein kleiner Feldweg – reiche auch nach einem Ausbau als Erschließung nicht aus. „Ein Verkehrsgutachten belegt, dass mindestens eine zweite Straße nötig ist“, sagt Anwalt Finkenzeller.

Und auch die Infrastruktur ist nach Ansicht der Anwohner nicht ausreichend. Zur Schulversorgung verweist das Planungsreferat in seiner Vorlage für den Stadtrat auf den geplanten Neubau der Grundschule an der Theodor-Fischer-Straße. Doch deren Planung befindet sich noch am Anfang. Ob die Schule wie geplant zum Schuljahr 2021/2022 ihren Betrieb aufnehmen kann, bezweifelt Finkenzeller – zumal auch dieses Vorhaben im Stadtviertel umstritten ist. „Das ist ein ganz dünnes Brett, das die Stadt da bohrt“, sagt der Rechtsanwalt.

Ziel der Petition ist vor allem, eine reduzierte und der Umgebung angepasste Bebauung zu erreichen. „Dass wir die Fläche komplett von einer Bebauung freihalten können, ist wohl nicht mehr realistisch“, sagt Schwarz-